

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Katja Keul, Agnieszka Brugger, Dr. Konstantin von Notz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 19/10637 –**

Für einen VN-Verbotsvertrag – Völkerrechtliche Ächtung autonomer Waffensysteme unterstützen

A. Problem

Für die antragstellende Fraktion droht die Weiterentwicklung und Verbreitung autonomer Waffensysteme die Hemmschwelle für militärische Konflikte herabzusetzen und erhöht darüber hinaus die Gefahr von massiven Völkerrechtsverletzungen sowie eines neuen Wettrüstens. Aus ihrer Sicht wird ein internationales, völkerrechtliches Verbot so genannter letaler autonomer Waffensysteme (LAWS) benötigt. Die antragstellende Fraktion verweist darauf, dass die Gespräche im Rahmen der Vereinten Nationen (im Rahmen der Konvention über bestimmte konventionelle Waffen (CCW) über den möglichen Beginn von Verhandlungen für ein Verbot so genannter letaler autonomer Waffensysteme (LAWS)) deshalb auf der Stelle treten, weil verschiedene Länder die Zeit nutzen wollen, technologisch aufzuholen und auch gezielt den Einsatz von „Künstlicher Intelligenz“ im Rüstungsbereich (z. B. bei Drohnenschwärmen) erforschen bzw. bereits erproben. Die antragstellende Fraktion fordert die Bundesregierung auf, 1. sich ausdrücklich für ein Verbot letaler autonomer Waffensysteme auszusprechen; 2. sich im Rahmen der CCW für die Aufnahme von Verhandlungen für ein Verbot letaler autonomer Waffensysteme einzusetzen und Verhandlungen über einen verbindlichen Verbotsvertrag einzufordern; 3. bis zur Entwicklung eines völkerrechtlichen Instrumentariums ein nationales Moratorium für die Entwicklung und Anschaffung derartiger Waffen zu erlassen; 4. sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass auch andere EU-Staaten ein derartiges Moratorium verkünden; 5. auf EU-Ebene auf eine gemeinsame Ratsposition für eine umfassende völkerrechtliche Ächtung letaler autonomer Waffensysteme (LAWS) hinzuwirken.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/10637 abzulehnen.

Berlin, den 13. November 2019

Der Auswärtige Ausschuss

Dr. Norbert Röttgen
Vorsitzender

Nikolas Löbel
Berichterstatter

Dr. Nils Schmid
Berichterstatter

Dr. Robby Schlund
Berichterstatter

Ulrich Lechte
Berichterstatter

Stefan Liebich
Berichterstatter

Omid Nouripour
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Nikolas Löbel, Dr. Nils Schmid, Dr. Robby Schlund, Ulrich Lechte, Stefan Liebich und Omid Nouripour

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/10637** in seiner 107. Sitzung am 26. Juni 2019 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss sowie zur Mitberatung dem Verteidigungsausschuss, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, dem Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und dem Ausschuss Digitale Agenda überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Für die antragstellende Fraktion droht die Weiterentwicklung und Verbreitung autonomer Waffensysteme die Hemmschwelle für militärische Konflikte herabzusetzen und erhöht darüber hinaus die Gefahr von massiven Völkerrechtsverletzungen sowie eines neuen Wettrüstens. Aus ihrer Sicht wird ein internationales, völkerrechtliches Verbot so genannter letaler autonomer Waffensysteme (LAWS) benötigt. Die antragstellende Fraktion verweist darauf, dass die Gespräche im Rahmen der Vereinten Nationen (im Rahmen der Konvention über bestimmte konventionelle Waffen (CCW) über den möglichen Beginn von Verhandlungen für ein Verbot so genannter letaler autonomer Waffensysteme (LAWS)) deshalb auf der Stelle treten, weil verschiedene Länder die Zeit nutzen wollen, technologisch aufzuholen und auch gezielt den Einsatz von „Künstlicher Intelligenz“ im Rüstungsbereich (z. B. bei Drohnenschwärmen) erforschen bzw. bereits erproben. Sie fordert die Bundesregierung auf, 1. sich ausdrücklich für ein Verbot letaler autonomer Waffensysteme auszusprechen; 2. sich im Rahmen der CCW für die Aufnahme von Verhandlungen für ein Verbot letaler autonomer Waffensysteme einzusetzen und Verhandlungen über einen verbindlichen Verbotvertrag einzufordern; 3. bis zur Entwicklung eines völkerrechtlichen Instrumentariums ein nationales Moratorium für die Entwicklung und Anschaffung derartiger Waffen zu erlassen; 4. sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass auch andere EU-Staaten ein derartiges Moratorium verkünden; 5. auf EU-Ebene auf eine gemeinsame Ratsposition für eine umfassende völkerrechtliche Ächtung letaler autonomer Waffensysteme (LAWS) hinzuwirken.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Verteidigungsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 19/10637 in seiner 44. Sitzung am 13. November 2019 beraten und empfiehlt die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat die Vorlage auf Drucksache 19/10637 in seiner 41. Sitzung am 23. Oktober 2019 beraten und empfiehlt die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlage auf Drucksache 19/10637 in seiner 34. Sitzung am 23. Oktober 2019 beraten und empfiehlt die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP:

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage auf Drucksache 19/10637 in seiner 47. Sitzung am 13. November 2019 beraten und empfiehlt die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Ausschuss Digitale Agenda** hat die Vorlage auf Drucksache 19/10637 in seiner 43. Sitzung am 13. November 2019 beraten und empfiehlt die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Auswärtige Ausschuss hat die Vorlage auf Drucksache 19/10637 in seiner 40. Sitzung am 23. Oktober 2019 an den Unterausschuss Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung für eine gutachterliche Stellungnahme überwiesen. Der Unterausschuss Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung hat die Vorlage auf Drucksache 19/10637 in seiner 14. Sitzung am 6. November 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. bei Abwesenheit der Fraktion der SPD die Ablehnung. Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 19/10637 in seiner 43. Sitzung am 13. November 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Berlin, den 13. November 2019

Nikolas Löbel
Berichterstatter

Dr. Nils Schmid
Berichterstatter

Dr. Robby Schlund
Berichterstatter

Ulrich Lechte
Berichterstatter

Stefan Liebich
Berichterstatter

Omid Nouripour
Berichterstatter

